

# Neue Aufregung um Autobahnpläne

**VERKEHRSPLANUNG** Im Jahre 2017 soll der Tunnel zum Autobahnzubringer Arsten komplett abgerissen werden. Erneut fürchten Anwohner und Unternehmen ein Verkehrschaos

Am Montag wurde im Beirat Obervieland über die Planungen der Autobahn A 281 berichtet – und protestiert. Denn die Baubehörde musste eine geringfügige Planänderung öffentlich bekannt machen: Der Tunnel an der Neuenlander Straße soll nicht nur größtenteils, sondern komplett abgerissen werden, die Richtung des neuen Tunnels geringfügig geändert werden.

Der Protest der Bürgerinitiative (BI) war derselbe wie im Januar 2015: Über 500 förmliche Einwendungen sind formuliert worden, die Gegner dieses Bauabschnittes bereiten sich auf eine erneute Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht vor.

Die BI hält den Bauabschnitt mit dem kompletten Abriss der Unterführung der Neuenlander Straße am Knotenpunkt Huckelriede und das da-

mit drohende 3-jährige Baustellenchaos für völlig überflüssig. Rund 40.000 Autos fahren derzeit täglich durch diesen Tunnel, darunter viele Pendler und

---

*Rund 40.000 Autos fahren derzeit täglich durch diesen Tunnel, darunter viele Pendler und LKWs*

LKWs, und die müssen sich irgendwie oberirdisch ihre Umwege und Schleichwege suchen.

Die gesamte Neustadt und Arsten werden davon betroffen sein, das wurde gestern wieder über die Proteste der Anwohner deutlich, ein Teil des Verkehrs wird auch auf den Oster-

deich ausweichen und sich auf die B 75 quetschen, um die Staus in Huckelriede zu umfahren.

Der Alternativvorschlag der BI wird nach wie vor nicht ernst genommen von den Autobahn-Planern: Man könne die Rampe zur A 281 so, wie eigentlich „planfestgestellt“, vierspurig ausbauen und hätte sofort eine Verbindung von der A 281 über den Arster Autobahnzubringer zur A 1, meint die BI. Eine Entlastung auf dem Stück Neuenlander Straße bei Huckelriede werde es erst geben, wenn ein zusätzlicher Abzweig von der A 281 unter dem Flughafen bebaut würde. Dafür könne man die derzeit berechneten 150 Millionen Euro, die der Abschnitt 2.2 mit der Unterführung kosten soll, sinnvoller verwenden.

Auch die Gewerbetriebe im Bereich rund um die geplante

Kreuzungsbaustelle haben dutzende Einwände im Rahmen des Verfahrens formuliert: Viele befürchten, nur mit großem zeitlichen Mehraufwand erreichbar zu sein, und einen Vorteil haben sie von der neuen Trasse nach der Baustellenphase auch nicht.

Wieso die Verwaltung jetzt ein Planänderungsverfahren zu dem Planfeststellungsverfahren von 2014 durchführt, wo die geplanten Änderungen vor einem Jahr absehbar waren, blieb am Montagabend das Geheimnis der Planer. Offenbar standen sie unter Druck aus politischen Gründen.

Vor der Bürgerschaftswahl wurde Aktivismus unter Beweis gestellt, anstatt mit einer kleinen zeitlichen Verzögerung die jetzt erforderlichen minimalen Änderungen gleich einzuplanen. **KLAUS WOLSCHNER**